

Liebe Genossinnen und Genossen,

wohl selten waren die Zeiten im Umfeld eines Stadtparteitages politisch so turbulent wie diesmal. Die Eurokrise hält den gesamten Globus in Atem und viele Menschen befürchten zu Recht, dass es in den nächsten Wochen und Monaten möglicherweise noch viel dicker kommt. Ich weiß nicht, ob Ihr Euch schon mal über ein persönliches „Rettungspaket“ Gedanken gemacht habt? Vielleicht eine ordentliche Gehaltserhöhung, eine feste Stelle nach dem Leihjob? Oder mehr Rente? Verglichen mit den unvorstellbaren Milliardensummen und Stabilitätsfonds, mit denen der Euro gerettet werden soll, sind die Wünsche der normalen Bevölkerung jedenfalls mehr als bescheiden. Das müssen sie aus Sicht der Herrschenden auch sein, denn die Krise ist ein gewaltiges Umverteilungsprogramm des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Wen die Zahlen genauer interessieren, braucht nur auf unserer Internetseite zu schauen, wo die Reichtumsuhr anzeigt, wie die Millionen in der Bundesrepublik fast im Minutentakt weiter zu den Reichen und Zockern wandern. Welche aberwitzigen Dimensionen der globale Casinokapitalismus inzwischen angenommen hat, will ich an vier Zahlen aufzeigen: Der Umfang der weltweiten Wirtschaftsleistung hat sich von 1990 bis 2010 fast verdreifacht, von 22 auf 63 Billionen Euro. Demgegenüber wiesen die Umsätze mit sogenannten „synthetischen Finanzprodukten“ im gleichen Zeitraum eine Verdrehundertfachung - von zwei auf 600 Billionen - auf. Da nimmt es nicht mehr wunder, dass die Bankster dieser Welt über eine unglaubliche Erpressungsmacht gegenüber der herrschenden Politik verfügen. Diese strukturelle Abhängigkeit versuchen die Mächtigen mit der Lüge zu kaschieren, dass wir angeblich über unsere Verhältnisse gelebt hätten und nun endlich sparen müssen. Der damit verbundene Angriff gilt den Solidarsystemen, die schrittweise weiter ausgehöhlt werden sollen, weil angeblich der Markt alles richten würde. Die fatale Politik der Agenda 2010 mit Niedriglöhnen, Minijobs und Rentenkürzungen will Deutschland nun auch europaweit zum Exportschlager machen: in Griechenland soll ein Exempel statuiert werden. Hier zeigen die Herrschenden, mit welcher Brutalität sie bereit sind, gegen ein ganzes Volk vorzugehen. In Griechenland besitzen die 2.000 reichsten Familien 80 Prozent des Gesamtvermögens; trotzdem wird dort keine Vermögenssteuer eingeführt, sondern massiv an Sozialleistungen gekürzt und um diese umzusetzen, ein Banker von Merkels Gnaden als neuer Statthalter eingesetzt. Ähnlich laufen derzeit augenscheinlich die Prozesse in Italien ab, wenngleich es um Berlusconi natürlich nicht schade ist. Hier sind die ökonomischen Gefahren für den Euro aber um einiges größer, denn für die italienische Krise ist der Rettungsschirm trotz aller Hebeltricks eindeutig zu klein.

Während die Kanzlerin mit Wortgewalt von machtvoller Sinnlosigkeit und irrem Hauch von Bankensprech - Stichwort Fazilität - die Bevölkerung, mehr aber noch die Märkte beruhigen will, versucht DIE LINKE plausible Auswege aus der Krise zu weisen. Wir fordern eine Politik nach dem Verursacherprinzip, d.h. die Banken müssen endlich zur Kasse gebeten werden, z.B. durch die Einführung einer europaweiten Vermögensabgabe. Wir fordern des weiteren die Verstaatlichung von Großbanken; DIE LINKE ist darüber hinaus die einzige Partei, die die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Eigentum stellt. Und diese zentrale programmatische Forderung bringt mich zum Erfurter Parteitag, auf dem DIE LINKE vor drei Wochen Geschichte geschrieben hat. Der Parteitag war zweifellos ein sehr großer Erfolg, auf den wir alle stolz sein können. Nachdem das Jahr 2011 bis dahin für die LINKE ziemlich unerfreulich verlief, wenn ich nur an die unbefriedigenden Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere in Berlin erinnere, ist uns in der thüringischen Landeshauptstadt wirklich etwas gelungen: die Zustimmung zum Programm von 97 Prozent der Delegierten ist ein enormer Pluspunkt für das künftige gemeinsame Wollen der LINKEN. Wie Ihr wisst, beginnt nächste Woche der Mitgliederentscheid zum Parteiprogramm, der bis Mitte Dezember geht. Der Landesvorstand hat gestern Abend einen Beschluss gefasst, der für eine breite Teilnahme am Mitgliederentscheid wirbt und den Genossinnen und Genossen des Landesverbandes Sachsen empfiehlt, mit JA zu stimmen. Der Stadtverband Leipzig sollte m.E. in den nächsten Tagen und Wochen entsprechend dieser Beschlusslage handeln. Jedes Parteimitglied bekommt das neue Programm mit einem Anschreiben in den nächsten Tagen nach Hause geschickt. Wir bitten Euch und alle Mitglieder des Stadtverbandes, möglichst bis zum 2. Dezember den ausgefüllten Stimmzettel in der Geschäftsstelle abzugeben, damit wir einen gewissen Überblick zur Beteiligung am Mitgliederentscheid haben und darüber hinaus auch Porto sparen können.

Wer das Parteiprogramm schon gelesen hat, teilt sicher meinen Eindruck: die umfangreiche Debatte hat sich gelohnt. Im Frühjahr 2010 stellten Oskar Lafontaine und Lothar Bisky den Entwurf vor. Sofort unkten ja einige Medien, dass der Entwurf die Partei zerreißen würde. Genau das Gegenteil war aber der Fall. Die

17monatige Diskussion, die auch in Sachsen und Leipzig sehr angeregt verlief und weit über 1.000 Änderungsvorschläge hervorbrachte, hat die Partei zusammengeführt, hat das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Richtungen in der Partei gestärkt und uns alle klüger gemacht. Dass sich dabei das Parteiprogramm von 25 auf 58 Seiten mehr als verdoppelt hat, soll allerdings nicht unerwähnt bleiben. Und ich will an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass dieser Erfolg auch das persönliche Verdienst von Gesine Lötzsch und Klaus Ernst war. Mit dem verabschiedeten Programm ist nunmehr auch die große Chance verknüpft, wieder etwas mehr Stabilität in die Partei zu bringen. Viel zu lange war DIE LINKE von ihren Kernaufgaben abgelenkt, weil personal- und machtpolitische Spielchen im Führungspersonal unnötig viel Kraft und Energie banden. Und ehrlich gesagt fehlt sicher nicht nur mir das Verständnis dafür, dass direkt im Anschluss des Erfurter Parteitages die Nadelstiche gegen die beiden Vorsitzenden schon wieder losgingen. Insbesondere vom Berliner Wahlverlierer Klaus Lederer hätte ich mir mehr Zurückhaltung gewünscht. Insofern war die zeitnahe Ansage von Gesine Lötzsch bezüglich ihrer erneuten Kandidatur nachvollziehbar und brachte für die gesamte Partei eine gewisse Klarheit. Es wird endlich Zeit, dass sich DIE LINKE wieder mit aller Kraft um die sozialen Nöte der Menschen kümmert und weniger um sich selbst.

Die dramatisch nachlassende Zustimmung zur LINKEN seit der Bundestagswahl 2009 hat neben den parteiinternen Auseinandersetzungen maßgeblich auch damit zu tun, dass wir mit unseren Alternativen viel zu wenig in der öffentlichen Diskussion präsent sind. Der Hauptstabilitätsanker des Kapitalismus ist derzeit nicht, dass man ihn gut findet, sondern dass viele Menschen keine echten Alternativen erkennen können oder wollen. Dieses Missverhältnis wird zum Glück durch die weltweite Occupy-Bewegung gerade etwas korrigiert. Auch in Leipzig ist sie seit dem fulminanten Auftakt am 15. Oktober auf dem Augustplatz sehr rege und gestern konnte die Bewegung mit dem alternativen Faschingsumzug vor Leipziger Bankfilialen ein originelles Protestsignal gegen das Treiben der Finanzlobby setzen.

Bevor ich allerdings auf die hiesigen Verhältnisse detaillierter zu sprechen komme, bitte ich um Euer Verständnis, dass ich eine Woche nach dem Landesparteitag zunächst auf die politische Situation in Sachsen und die sich daraus ergebenden Aufgaben des Landesverbandes der LINKEN näher eingehe. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Debatte in Bautzen standen zwei programmatische Dokumente: zum einen der gemeinsam von Katja Kipping und Dietmar Pellmann erarbeitete Entwurf für Sozialpolitische Leitlinien und zum anderen der Leitantrag, der unter der **Überschrift „DIE LINKE. Die linke Gestaltungspartei in Sachsen – Unser Fahrplan für die Wahlen 2013/2014“** beschlossen wurde. Zu beiden Dokumenten will ich aus Zeitgründen nicht in die Tiefe gehen. Zu den Sozialpolitischen Leitlinien an dieser Stelle nur so viel: sie basieren auf einer genauen und natürlich sehr kritischen Analyse der sozialen Verhältnisse in Sachsen. Diese maßgeblich von Dietmar erarbeitete Studie wurde vor einigen Wochen unter der programmatischen Überschrift **“Bestenfalls Mittelmaß. Soziale Standards und Strukturen Sachsens im Bundesvergleich“** der Öffentlichkeit präsentiert. Wir haben für interessierte Genossinnen und Genossen einige Exemplare dieser Publikation mitgebracht.

Mit dem in Bautzen verabschiedeten Leitantrag hat der Landesverband die Herausforderungen benannt, die wir für ein erfolgreiches Abschneiden bei den Wahlen 2013/2014 bestehen müssen. Mit dem Schlüsselbegriff von der **„radikal linken Realpolitik“** ist dabei der strategische Politikansatz benannt, mit dem DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Grünen 2014 den Machtwechsel in Dresden anstrebt, um endlich die autoritär regierende Staatspartei CDU im Freistaat abzulösen. Dieses ehrgeizige Ziel gleicht allerdings dem Ausmisten eines Augiasstalles und wird damit zur sprichwörtlichen Herkulesaufgabe, die nur gemeinsam vom gesamten Landesverband gelöst werden kann. Wenn wir dieses Land wirklich so tiefgreifend verändern wollen, dann muss die gesamte Partei, jeder Stadt- und Kreisverband, jeder Stadtbezirksverband und jede Basisorganisation raus aus der Schmutzdecke. Dann müssen wir noch viel stärker als bisher in die Gesellschaft und auch jene Menschen ansprechen, die bislang Probleme mit Positionen der LINKEN hatten oder diese gar nicht kannten. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat viele zum Nach- und nicht wenige auch zum Umdenken gebracht. Diese Chance sollten wir beherzt nutzen! Und wir sollten auch alles dafür tun, bisherige Nichtwähler zu mobilisieren. Hier gibt durchaus noch ein großes Potenzial, das wir nicht einfach der Piratenpartei oder anderen politischen Mitbewerbern kampflos überlassen dürfen.

Ich habe die CDU-Ablösung als Herkulesaufgabe bezeichnet und das nicht von ungefähr. Wir haben im Laufe von zwei Jahrzehnten Oppositionsarbeit in Sachsen nämlich die schmerzhafteste Erfahrung machen müssen, dass die überzeugende Darstellung der Schwäche der Regierung nicht auf direktem Wege zur Stärkung einer Alternative führt. Der CDU ist es gelungen - das darf man neidlos anerkennen -, den viel beschworenen Sachsen-Stolz mit der sächsischen Union zu einer schier unverbrüchlichen Einheit zusammenzuschmieden. Das ist im Wesentlichen das Erbe von Kurt Biedenkopf. Und daran hat der Verlust der absoluten Mehrheit im

Jahr 2004 leider nicht allzu viel geändert. Seither gilt scheinbar: Die Koalitionspartner der CDU kommen und gehen, allein die schwarze Macht bleibt bestehen. Bereits 1990 - und seither bei allen Umfragen - wünschten sich die Menschen im Freistaat eigentlich keine allein regierende CDU, wohl aber eine von der CDU geführte Regierung. Es hat dann anderthalb Jahrzehnte gedauert, bis das Wählervotum dem Wählerwillen entsprach. Sieben Jahre danach pendelt die CDU unverdientermaßen immer noch um die 40 Prozent, und nach Lage der Dinge kann sie in Sachsen wohl nur mit vereinten Kräften dreier Parteien von der Macht verdrängt werden. Und das wird endlich Zeit, denn die CDU unter Herrn Tillich ist inzwischen in einer bundesweit einmaligen Art und Weise diskussionsunwillig und unduldsam gegenüber konkurrierenden Meinungen. Die sächsische CDU setzt nicht auf Diskurs, sondern auf Repression. Die zu Recht bundesweit in Verruf geratene "sächsische Demokratie" ist das dubiose "Markenzeichen" der sächsischen Union. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass sich ausgerechnet in dem ostdeutschen Bundesland, in dem im Herbst 1989 die politische Wende ihren Ausgang nahm, eine neue autoritäre Staatspartei etabliert hat. Im Vergleich zur sächsischen CDU ist die bayerische CSU geradezu eine mustergültige Demokratin und im Unterschied zu Herrn Tillich pflegt Herr Seehofer wenigstens noch öffentlich Stellung zu beziehen. Einen kleinen Lichtblick in dieser politischen Ödnis will ich aber nicht übersehen: Wir haben mit Johannes Beermann einen Minister in der Staatskanzlei, der zwar zur Rückendeckung für den Ministerpräsidenten als Mann fürs Grobe eingestellt wurde, sich aber inzwischen mit fast allen Kabinettsmitgliedern überworfen hat und am Ende selbst im strukturell CDU-dominierten MDR-Rundfunkrat für den von ihm favorisierten Kandidaten Bernd Hilder für das Amt des Intendanten nicht mal ein Drittel der Stimmen zusammenbekam. Wenn die CDU selbst im MDR nicht mehr schalten und walten kann wie sie will, ist das ein sehr erfreuliches Signal. Und das Schönste noch dazu: wir sind nach seinem MDR-Fiasko Bernd Hilder als LVZ-Chef los. Egal was nun kommt, es kann eigentlich nur besser werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich aus aktuellem Anlass noch eine weitere **Bemerkung zur „sächsischen Demokratie“** machen. Sie ist nämlich ein wichtiger Grund, warum die CDU nach dann fast 25 Jahren Herrschaft 2014 endlich in die Opposition geschickt werden muss. Ich erinnere an die Ereignisse am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden und die damit verbundenen Repressionsmaßnahmen der Staatsregierung - Stichwort Handygate - gegen die antifaschistischen Demonstranten, namentlich auch gegen viele Mitglieder der LINKEN. Ich frage Euch: Gibt es noch ein anderes Land in der Bundesrepublik, in dem derart viele Verfahren wegen angeblicher Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet werden, die dann im Regelfall eingestellt werden müssen, nachdem man zuvor unter offenkundig falschem Vorwand Abhörmaßnahmen, Durchsuchungs-Beschlüsse und andere Eingriffe in Persönlichkeitsrechte durchgeführt hat und dabei nicht einmal den besonderen Schutz eines Pfarrers und die Informationspflichten gegenüber dem benachbarten Bundesland respektiert? Gibt es noch ein anderes Land in der Bundesrepublik, wo der Oberbürgermeister einer Stadt (hier von Jena) einen Offenen Brief an den Ministerpräsidenten richtet und daraufhin ein Antwortschreiben vom Generalstaatsanwalt erhält?

Und last but not least: Gibt es noch ein anderes Land in der Bundesrepublik, in dem man sich in der Regierung nicht darüber freut, dass zehntausende Menschen in der Landeshauptstadt friedlich gegen Nazis demonstrieren, sondern in dem statt dessen der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion wegen seiner Teilnahme an diesem Protest vor Gericht gestellt werden soll? Am 1. August dies Jahres gab es einen vielbeachteten Artikel im "SPIEGEL", aus dem ich zitieren möchte. Dort heißt es: "Wie kein anderes Bundesland hat Sachsen über Jahre hinweg eine Serie unglaublicher Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien produziert. Im Südosten der Republik gelten offenbar auch zwei Jahrzehnte nach dem Untergang der DDR eigene Regeln. Immer wieder werden eklatante Fälle staatlichen Machtmissbrauchs und polizeilicher Willkür bekannt, ohne dass sich die Verhältnisse grundlegend bessern würden. Der Freistaat, so diagnostiziert der Berliner Geschichtswissenschaftler Wolfgang Wippermann, sei das 'rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik'." Oder um es mit Karl Nolle zu sagen: der Rechtsstaat steht in Sachsen auf dünnen Beinchen.

Genau das müssen und werden wir ändern. Wir brauchen in Sachsen nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung.

Darum sollte heute auch die Leipziger LINKE wie am letzten Sonntag der Landesparteitag gegen die geplante Anklage von André Hahn, dessen Immunität von einer fatalen Dreierkoalition aus CDU, FDP und NPD aufgehoben wurde, protestieren. Ich freue mich sehr, dass heute ein von Conny Falken angeregter Initiativantrag vorliegt, der an die Resolution von Bautzen anknüpft. André braucht die Solidarität der

gesamten Partei, auch die in Leipzig, wenngleich wir natürlich wissen, dass es bei diesem einzigartigen Skandal nicht nur um ihn und die drei anderen betroffenen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN geht. Man will damit die ganze Partei treffen, man will uns und viele anderen Menschen, die sich gegen Nazis aktiv und friedlich zur Wehr setzen, auf diese Weise kriminalisieren und einschüchtern. André hat in Bautzen deutlich gemacht, dass er die Sache gemeinsam mit uns bis zu Ende durchfechten will. Das sind wir insbesondere auch jenen schuldig, die ohne größere Bekanntheit und entsprechende öffentliche Begleitung wegen ihrer Beteiligung an Anti-Nazi-Aktivitäten ebenfalls juristisch verfolgt werden. DIE LINKE lässt sich von niemandem einschüchtern und wir werden den Nazis auch 2012 engagiert entgegentreten.

Es bleibt dabei: Wir wollen keine Nazi-Aufmärsche, weder in Dresden noch in einer anderen Stadt und natürlich auch nicht Leipzig, wo wir Naziaufmärsche bekanntlich schon oft erfolgreich verhindern konnten. Ich will an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, ganz herzlich Heiko Rosenthal dafür zu danken, dass es neben den Anmeldern vieler Gegenaktivitäten maßgeblich ihm mit zu verdanken war, dass die Nazis am 20. August 2011 vor dem Völkerschlachtdenkmal nicht aufmarschieren durften.

Der Skandal um den 13. Februar hat noch einen weiteren bizarren Aspekt, den ich aus aktuellem Anlass ansprechen will, weil er auch unsere Stadt betrifft. Wer noch immer nicht gewusst hat, was die sich als „Kameraden“ bezeichnenden Neonazis unter Kameradschaft verstehen, kann seit Wochenanfang diese Wissenslücke schließen. Die mehr als 1.300 - jetzt durch Leipziger Antifaschisten bekannt gewordenen - Beiträge aus dem internen Forum des Neonazi-Netzwerkes „Freies Netz“ belegen neben den heftigen internen Auseinandersetzungen in der rechtsextremistische Szene vor allem eines: das „Freie Netz“ ist eine konspirative und militante Kaderorganisation, die untrennbar mit der sächsischen NPD verbunden ist, die wiederum in der Odermannstrasse 8 eine ihrer wichtigsten Stützpunkte hat. Wenn sich die führenden Nazis unter sich wähen, wird sogar ungerührt zum Polizistenmord aufgerufen. Noch skandalöser ist aber, dass diese Radikalisierung durch das Landesamt für Verfassungsschutz faktisch unterstützt worden ist. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht wird behauptet, beim „Freien Netz“ handele es sich lediglich um ein Internetportal. Das vorliegende Material dagegen belegt, dass es sich um einen brauen Geheimbund handelt. Entweder das Landesamt für Verfassungsschutz hat von diesen Vorgängen gewusst; dann hat es über Jahre die Öffentlichkeit und den Landtag bewusst falsch informiert. Oder aber es ist tatsächlich so unwissend; dann ist es offenkundig nicht in der Lage seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. In beiden Fällen ist die Abberufung des Präsidenten des Landesamtes eine Minimalforderung. Angemessen wäre die Auflösung des Landesamtes, mindestens aber eine umfassende Reorganisation nach einer gründlichen externen Evaluation der Arbeit. Die Linksfraktion hat zu diesem Themenkomplex schon reagiert und am Mittwoch im Landtag einen Antrag zum Verbot und Auflösung des „Freien Netzes“ gestellt. Und als wenn dieser Skandal in Sachsen nicht schon ausreichen würde, braut sich mit Blick auf den Mord an der Bereitschaftspolizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn 2007 der Verdacht zusammen, dass die Tat im Zusammenhang mit der jahrelangen Infiltrierung der gewaltbereiten Neonazi-Szene durch die Inlandsgeheimdienste stehen könnte. Und diese gruselige Vorstellung wird noch durch Pressemeldungen des gestrigen Tages übertroffen: Laut Bundesanwaltschaft, die inzwischen die Ermittlungen übernommen hat, steht der Polizistenmord von Heidelberg augenscheinlich in Beziehung mit rechtsterroristischen Bluttaten an neun türkischstämmigen und griechischen Kleinhändlern in mehreren deutschen Städten zwischen 2000 und 2006, den sogenannten „Döner“-Morden; die mutmaßlichen Täter aus der Neonaziszene hatten augenscheinlich mit falschen Papieren jahrelang unbehelligt in Zwickau gelebt. Manchmal fragt man sich, in was für einem Land wir eigentlich leben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es fällt mir nicht leicht, nach diesen gespenstischen Enthüllungen mit Bezug auf Sachsen nunmehr auf die lokale Situation in Leipzig und unsere nächsten Aufgaben sprechen zu kommen. Im Mittelpunkt des kommenden Jahres steht naturgemäß der OBM-Wahlkampf, zu dessen Ausgangslage ich bereits auf der letzten Tagung des Stadtparteitages ausführlich gesprochen habe. Am 18. Juni sagte ich, dass die Ausrichtung der LINKEN für 2013 nur lauten kann: wir brauchen in Leipzig eine andere Politik und nach den Erfahrungen der letzten Jahre auch einen anderen Oberbürgermeister und damit meine ich natürlich nicht die CDU. Machen wir uns diesbezüglich aber nichts vor, der politische Gegner vonseiten der Schwarzen wird einen hemmungslosen Richtungswahlkampf führen, um den Auftrag des Ministerpräsidenten aus Panschwitz-Kuckau zu erfüllen, die "rote Bastion" Leipzig endlich zu schleifen. Dieser fast im Sinne eines Naturgesetzes vorgetragene Anspruch dominiert alles; bei Inhalten und Personen gibt es allerdings bei der Leipziger CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Detlev Schubert bislang Fehlanzeige zu vermelden. Zugleich wissen wir aber, dass die CDU über nicht zu unterschätzende Ressourcen und unbändigen

Durchsetzungswillen verfügt, um einen geeigneten Gegenspieler des eitel-selbstsicheren Oberbürgermeisters, eines Meisters der Beliebigkeit, aufzubauen. Es gibt keinen Grund, die politische Sturmstärke, auf die wir uns einzustellen haben, zu unterschätzen.

Inzwischen hat sich bei der Kandidatenfindung in unseren Reihen bekanntlich einiges getan. In seiner Sitzung am 13. September beschäftigte sich der Stadtvorstand intensiv mit der Personalsituation und verständigte sich auf ein demokratisches Verfahren bei der Aufstellung eines eigenen, überzeugenden Kandidaten bzw. treffender gesagt einer Kandidatin. Am 9. März 2012 wird die zuständige Vertreterversammlung entscheiden, ob wir Barbara Höll oder Ilse Lauter ins Rennen um die OBM-Wahl schicken. Es bleibt anschließend ein knappes Jahr, um im fortgesetzten Dialog mit den Leipzigerinnen und Leipzigern für linke Politik zu werben, Positionen zu erläutern und Vorschläge für eine soziale, auf die kraftvolle Weiterentwicklung der Stadtgesellschaft gerichtete Politik aufzunehmen. Dass beide Persönlichkeiten eine weibliche Note in die politische Auseinandersetzung einbringen, entspricht bester linker Politiktradition und unterstreicht die seit Langem begründete Ansicht, dass die Stadt Leipzig auch in dieser Hinsicht reif für einen Wandel und für eine aus der Stadtgesellschaft stammende Auffrischung ist. Das ist ein starkes Signal, das mit Bedacht und Augenmaß und strategischem Weitblick gesetzt wurde. Schon darin steckt eine klare Botschaft an die Stadtgesellschaft, die nun mit weiteren zugespitzten Aussagen inhaltlich ergänzt werden muss.

Die Klarheit der LINKEN und unser Gespür für die wirklichen Prioritäten in Leipzig ist unser Plus, denn es drängt sich immer stärker der Eindruck auf, dass ein kleiner Kreis rund um den Oberbürgermeister genug Zeit findet, vollkommen zweitrangige Themen zu weltbewegenden, energiefressenden Aktionen aufzublasen. Deshalb die Forderung der Leipziger LINKEN: Die Politik der Verwaltungsspitze muss weggeführt werden von Symbolpolitik. Natürlich müssen auch wir LINKE eine klare Position beziehen, wenn der Oberbürgermeister auf die Idee verfällt, ganze Stäbe, Expertenrunden und Beratergremien mit einem Denkmalsbau zu beschäftigen, den die überwältigende Mehrheit der Leipzigerinnen und Leipziger absolut nicht will. Ist dieses Thema erst einmal bis zur Totalerschöpfung zurechtgeritten, taucht in völlig analoger Abgehobenheit die Umbenennung des Leuschnerplatzes an der Spitze der Agenda auf. Da werden der Stadtgesellschaft, die viele Probleme hat, Randthemen regelrecht aufgedrängt. Es ist zweifellos die politische Pflicht der LINKEN, auch dazu eine eindeutige Position zu beziehen. Doch der politische Kern dieser Attacken aus der Oberbürgermeisterei ist doch, ob da wirklich Probleme hervorgekramt werden, die die Leipzigerinnen und Leipziger bewegen, die wichtig für ihren Alltag sind, oder ob nicht wertvolle Zeit und Energie für Hochglanz-Nebensächlichkeiten vergeudet wird. 22 Jahre nach dem Fall der Mauer ist der Rückblick wichtig - das muss einem Historiker gegenüber nicht besonders begründet werden - aber um ein Vielfaches wichtiger ist endlich der unverstellte Blick nach vorn und die Lösung von strategischen Problemen, die existenziell für die Stadt sind. Es ist z.B. völlig richtig, wenn im LVZ-Interview am Mittwoch der stellvertretende Chef der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, darauf verweist, dass etwas an der Kommunalpolitik grundsätzlich nicht stimmen kann, wenn die gesamten, mühsam aufgepäppelten Gewerbesteuererinnahmen gerade mal ausreichen, die Kosten der Unterkunft für die sozial Benachteiligten der ausgelaugten einstigen "Boomtown" abzudecken. Wo bleibt da der Gestaltungsspielraum in der bundesweiten Armutshauptstadt?

Auf ein strategisches Problem unserer Stadt will ich aus gegebenem Anlass etwas genauer eingehen: die jüngsten Vorgänge um die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zeigen, dass es um den Stadtkonzern und damit die Steuereinnahmen dieser Stadt nicht gut steht. Über die Jahre hinweg wurde ein undurchsichtig verschachteltes, in Teilen verwurscheltes Gebilde mit fragwürdigen Darlehen, Privatisierungs-Wirrwarr auf dem Rücken der Beschäftigten, mit "von oben" befohlenen Aktienkäufen, strangulierenden Gewinnabführungen, andererseits aber hirnrissigen Verfahren bei der Konzessionsvergabe gebastelt, dass außer in Phasen von Hochkonjunktur und ewig steigenden Preisen kaum noch eine vernünftige Balance zulässt. Wenn dann zusätzlich über Jahre hinweg ein Geschäftsführer-Handeln an sämtlichen Aufsichtsgremien vorbei möglich ist, ein Handeln, das jede einigermaßen klar denkende Wirtschaftsstrafkammer als zutiefst kriminell eingestuft und entsprechend geahndet hätte, dann brauchen wir uns über das bedrohliche Schwanken des Kommunal-Konzerns im Sturm der Konjunktur nicht zu wundern. Keine Verwaltungsspitze ist gegen das Eindringen von Schwerkriminellen in die Geschäftsführungen "ihrer" Unternehmen gefeit, aber jede Verwaltungsspitze ist dringend - das gebietet die Gemeindeordnung - angehalten, strengste Sorgfalt bei Geschäftsabläufen und Finanzflüssen walten zu lassen und auf die Einhaltung glasklarer Informationspflichten zu drängen, um weiterhin bedrohliche Entwicklungen wie bei den Kommunalen Wasserwerken von vornherein auszuschließen. Was wir jedoch seit

mittlerweile zwei Jahren erleben, lässt nur eine Entschlüsselung des Kürzels LVV zu - leicht verführbare Verwaltung oder drastischer: leichtsinnig vergeudetes Vermögen. Deshalb fordern wir: Es muss Schluss sein mit dem Eigenleben des Kommunal-Konzerns. Informationspflichten müssen eingehalten werden, um Aufsichtspflichten seitens der dafür Gewählten im Sinne des Gesetzes vollumfänglich ausüben zu können. Ansonsten verkommt das Wort Daseinsvorsorge, der die gesamte Firmenkonstruktion der LVV ja verpflichtet ist, zu einer Karikatur. Die Reparaturarbeiten in der LVV sind beträchtlich. Wir sollten der Verwaltungsspitze im Neuen Rathaus wünschen, dass sie den Willen und die Kraft hat, im Sinne unserer Stadt und ihrer Bürgerschaft sowohl die drängenden Probleme anzupacken, die wie im Fall KWL quasi durch die Hintertür gekommen sind, als auch diejenigen Probleme, die sich durch ausufernde Überfrachtung der LVV mit faktisch politischen Themen aufgetürmt haben. Dafür besteht dringender Korrektur- und Handlungsbedarf. Leipzig hat aus gutem Grund eine bessere Politik verdient. Wenn das Schiff einen falschen Kurs nimmt, ist weniger nach der Konstruktion des Schiffes zu fragen, sondern nach dem Können des Kapitäns und der Steuerleute, die dieser Kapitän gewähren lässt.

Die Zeit, die wir für überzeugende alternative Antworten haben, ist allerdings angesichts des bevorstehenden OBM-Wahlkampfes eng bemessen. Ich will dazu einige Fragen stellen, deren Lösung wir angehen müssen:

- Wie unterbreiten wir Angebote für gesellschaftliche Gruppen und Milieus, die weit über unsere originäre Anhängerschaft hinausgehen?
- Was bewegt insbesondere die jungen Menschen und wie können sie an kommunale Themen herangeführt werden?
- Wie steht es um die Bürgerbeteiligung an den wirklich drängenden Themen unserer Stadt und wie füllen wir den Anspruch, eine Bürgerstadt zu sein, überzeugend aus?
- Wie holen wir diejenigen, die am Rande stehen oder die es aufgegeben haben, ihre Probleme vorzutragen und Lösungen zu erwarten, in die Gesellschaft zurück?
- Wie füllen wir den Anspruch "soziale Gerechtigkeit" unter den Bedingungen einer Systemkrise des Kapitalismus aus?
- Wie zerreißen wir den neoliberalen Schleier, der von interessierter Seite auch über die Handlungsoptionen der Stadt drapiert wird?

Ich möchte diese Fragen natürlich nicht nur stellen, sondern auch versuchen, erste Antworten zu geben. Die weitere inhaltliche Profilierung auf wichtigen Themenfeldern steht dabei ganz weit oben auf der Prioritätenliste des Stadtverbandes: es ist sehr erfreulich, dass wir im Anschluss an das Referat etwas über die Arbeit an den Leitlinien zu Ordnung und Sicherheit, ein Thema in der Kommunalpolitik, das viele Menschen bewegt. Auch bei der beschlossenen Erarbeitung eines Positionspapiers zur linken Mittelstandspolitik tut sich was; erste Teilentwürfe wurden von Maren Müller, Maritta Brückner und Thomas Rothe, der vor einigen Tagen seinen 60. Geburtstag feierte, vorgelegt; der bisherige Diskussionsverlauf lässt erhoffen, dass bis Ende des Jahres ein Gesamtentwurf dem Stadtverband zur Debatte vorgelegt werden kann, der nach entsprechender Diskussion auf dem nächsten Stadtparteitag verabschiedet werden soll. Gestern diskutierte die AG Kultur ein sehr gehaltvolles Positionspapier zur Kultur- und Kreativwirtschaft, ein Thema, das in Leipzig über ein enormes Potenzial verfügt und wo die Praxisnähe zur Kulturszene sehr wichtig ist, wenn ich z.B. an die maßgeblich von uns mitgetragene Rettung des Atelierhauses Frühauf in der Windmühlenstrasse denke. Hier können wir uns neue Zugänge an jüngere, aktive Milieus erschließen, die wir nicht einfach den Grünen oder den Piraten überlassen dürfen. Apropos Piraten: der kometenhafte Aufstieg dieser Partei gehört für uns zu den ganz großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Die Piraten, die inzwischen auch in Leipzig recht aktiv sind, wollen erklärtermaßen die Art verändern, wie Politik gemacht wird. Das ist mehr als nur Netzpolitik, die wiederum wichtiger ist, als wir bislang glauben. Das Web 2.0 ist eine zentrale Größe in der Sozialisation junger Menschen. Social Networks, Wikipedia oder Youtube gehören so selbstverständlich dazu wie Telefon und Fernseher. Darauf müssen wir uns möglichst schnell einstellen und überlegen, wie wir gewissermaßen als Rote Piraten aktiv werden können, ohne das Original billig zu kopieren. Ich will kurz ein paar Ideen skizzieren: wir könnten Dokumente künftig stärker nach Facebook-Muster interaktiv gestalten, wenn ich an die Daumen rauf/Daumen runter Funktion denke; wir können Lifestream bei Veranstaltungen einführen; wir könnten unsere Internetseite barrierefreier gestalten; wir sollten neue Möglichkeiten der Partizipation für Nichtmitglieder diskutieren usw. Die verbesserte Nutzung der Kommunikationsmöglichkeiten im digitalen Zeitalter ist aber nicht nur auf die Jugend beschränkt. Am Dienstag startete im Liebknechtthaus **das vom Stadtvorstand beschlossene Projekt „Neue Medien für ältere Mitglieder“ mit dem ersten Durchgang.** 14 aufgeschlossene ältere Genossinnen und Genossen diskutierten

mit Maren Müller während der anschaulichen Darbietung mit Laptop, Beamer und Leinwand über die vielfältigen Möglichkeiten der Internetnutzung. Über Email, Twitter, Facebook, Bundestagsreden, Internetzeitung, Wikileaks und Occupy wurde ein Bogen geschlagen bis zur Darstellung linker Politik im Internet. Das Projekt, über das die Presse sehr freundlich berichtete, wird im neuen Jahr fortgesetzt.

Diese Erfolgsmeldung führt mich zum Projekt 10 mal 10, das wir auf dem letzten Parteitag beschlossen haben. Da es von zentraler Bedeutung für die Vorbereitung des nächsten Kommunalwahlkampfes ist, will ich es nochmals kurz in Erinnerung rufen: es geht darum, dass wir 2014 in allen 10 Wahlkreisen möglichst mit je 10 Kandidatinnen und Kandidaten - darunter mindestens je drei unter 35 Jahren - antreten, die fest in der Stadtgesellschaft verankert und gegebenenfalls in bürgerschaftlichen Projekten bereits engagiert sind. Zur Umsetzung des ehrgeizigen Vorhabens hat der Stadtvorstand am 11. Oktober eine kleine, unter meiner Leitung stehende Projektgruppe berufen, in der Margitta Hollick, Julius Späte sowie Nadja Guld und Mathias Arnold mitwirken. Die Projektgruppe hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen und plant, im Frühjahr 2012 erste Ergebnisse vorzulegen.

Die Realisierung derartiger, auf die besserer Nutzung externer Ressourcen ausgerichteter Projekte, muss künftig einen größeren Stellenwert in unserem Handeln spielen, da das eigene Aktionspotenzial aus Alterungsgründen schrittweise nachlässt. Die sinkende Zahl der Mitglieder ist leider untrennbar auch mit einem Sinken unserer finanziellen Möglichkeiten verbunden. Ich erinnere daher aus gegebenem Anlass an die am 18. Juni beschlossenen „Vorschläge zur mittel und langfristigen Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig“, ein Text, der keinesfalls für den Papierkorb gedacht ist und daher künftig stärker unseren politischen Alltag prägen sollte.

An einen anderen Beschluss vom 18. Juni möchte ich ebenfalls aus aktuellem Anlass erinnern: es geht um unsere Unterstützung der Gedenkinstallation für die Deportierten auf dem Leipziger Hauptbahnhof. Nachdem das Vorhaben ursprünglich mit viel medialem Schwung gestartet war - nicht zuletzt durch die Patenschaft von mehreren Leipziger Bundestagsabgeordneten (darunter auch Bärbel) - ist es leider derzeit etwas aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwunden. Die Leipziger LINKE steht natürlich zu ihrem Bekenntnis und wird weiterhin ihren Anteil für dieses Denkmal leisten. Ich will an dieser Stelle vor allem Richard Gauch ganz herzlich für sein bisheriges Engagement bezüglich der Gedenkinstallation danken. Ohne Richard wären aber auch einige andere wichtige Vorhaben der demokratischen Geschichtsaufarbeitung in den letzten Monaten nicht realisiert worden: zuvörderst denke ich da an die Wiedererrichtung des Alfred-Frank-Denkmal am 1. September in der Carl-von-Linné-Grundschule in der Delitzscher Strasse, eine linke Kollektivleistung wie sie im Buche steht. Conny Falken hatte den Kontakt mit der Schule vermittelt und die Zusage der Schulleitung erreicht. Der Verein DIE LINKE im Bundestag stellte die notwendigen 700 Euro in nur 24 Stunden zur Verfügung. Axel Grundmann fertigte mit seiner Firma für einen eher symbolischen Betrag das Fundament und last but not least organisierte Bernhard Brand das Genehmigungsverfahren mit dem Schulamt und besorgte kurzerhand auch noch einen Kran.

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch auf die Aktion Stolpersteine verweisen, an der sich gewiss viele von Euch am Mittwoch beteiligt haben. Inzwischen wird diese in Leipzig begonnene Initiative in 26 anderen Städten in insgesamt acht Bundesländern durchgeführt. Und das alles ohne Flyer, ohne Plakate, ohne Internetplattform; ganz ohne Spenden ging es allerdings nicht ab: die Fraktion im Stadtrat, der Spendenverein der Landtagsfraktion und viele einzelne Genossinnen und Genossen spendeten 80 Prozent der insgesamt 800 Euro für diese Kampagne. Als drittes will ich an das maßgeblich von Richard Gauch mit initiierte Buchprojekt "Er war doch nur ein neunjähriger Junge" erinnern, das die Geschichte von Hans Richard Levy aus Leipzig erzählt, der 1939 mit einem Kindertransport nach England gelangte. 2009 kam Richard Levy erstmals wieder in seine Geburtsstadt. Die ersten Exemplare dieses beeindruckenden Buches werden im Januar 2012 an diejenigen Schulen, wo Schülerinnen und Schüler an Mahnwachen teilgenommen haben, übergeben.

Und ein viertes Beispiel unserer außerordentlich breiten antifaschistischen Erinnerungsarbeit, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, will ich kurz benennen. Nur wenige Meter von hier steht in der Jahnallee 61 ein einsturzgefährdetes Gebäude; einige von Euch haben es heute früh sicher im Blick gehabt. Dieses Haus ist nicht nur eine städtebaulich bedeutende Gründerzeitimmobilie am Eingang nach Lindenau. Es ist ein Haus mit einer besonderen Geschichte. Hier verlor am 18. April 1945 ein junger amerikanischer Soldat bei der Befreiung Leipzigs vom Faschismus sein Leben, als er von einem deutschen Heckenschützen am Kopf getroffen wurde. Der international bekannte Fotograf Robert Capa, der gerade als Kriegsberichterstatter ins Haus kam, hielt diese tragische Szene in mehreren erschütternden Bildern fest. Darunter war auch das berühmte Foto „Der letzte Tote des Krieges“, das am 14. Mai 1945 im LIFE-Magazine erschien und von dort

um die Welt ging. Wir wissen, dass die Stadt den drohenden Abriss des Hauses, was einer Schande für Leipzig gleichkäme, vermeiden will. Für die Rettung des Gebäudes muss aber noch mehr Öffentlichkeit und politische Unterstützung gewonnen werden; aus diesem Grunde werde ich am 27. November mit dem Kabarettisten Meigl Hoffmann und weiteren Akteuren im gegenüberliegenden Revuetheater am Palmengarten eine Sonntagsmatinee zu diesem Thema durchführen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesem Veranstaltungshinweis will ich nunmehr zum Schluss meines Referates kommen. Ich hatte in der Eröffnung Volker Brauns jüngstes Werk „Die hellen Haufen“ erwähnt, eine Erzählung die trotz ihres tragischen Inhalts durchaus Mut für die Zukunft macht. Aus dem Hungerstreik der Kalikumpel ist bekanntlich in den 90er Jahren kein Volksaufstand geworden. Aber die Geschichte, so sagt es der Autor unmissverständlich, „hat mehr in sich, als sich ereignet; auch das Nichtgeschehene, Unterbliebene, Verlorene liegt in dem schwarzen Berg. All das Ersehnte, nicht Gesagte und die alte Lust zu handeln.“ Diese Lust zum Handeln wünsche ich uns, aber natürlich auch vielen anderen Akteuren. Bereits am nächsten Montag ab 13.00 Uhr sind die Studierenden auf der Strasse, die unter dem Motto „Kürzer geht's nicht“ gegen die massiven Stellenkürzungen im sächsischen Hochschulwesen protestieren. Die Leipziger LINKE wird durch ihre Bundes- und Landtagsabgeordneten präsent sein. Am Abend wird sich dann die acampadabewegung wie an den vergangenen Montagen wieder für echte Demokratie einsetzen; auch hier ist DIE LINKE mit Mike Nagler und anderen Akteuren gut vertreten. Es kann bei all diesen und weiteren Aktivitäten nur ein Motto geben: DIE LINKE ist Teil einer großen solidarischen Bewegung und kämpft darum, die Verhältnisse zu ändern. Wir nehmen den Ruf der Occupy-Bewegung als Vertreter der 99 Prozent für mehr Gerechtigkeit in unserem Land, in Europa, aber auch hier in Leipzig auf. Lasst uns heute damit anfangen. Mit linker Kraft.